

Um grüne Idyllen wird teilweise erbittert gestritten

Baumschutz – ein schwieriges Geschäft

12 von 29 Landkreisgemeinden haben eigene Verordnungen / Private Freiheit in Konkurrenz zu öffentlichem Nutzen

Von Florian Zick

Landkreis ■ Baumschutzverordnungen haben oft ungewollte Nebenwirkungen: Wenn sie erlassen sind, nutzen Grundstücksbesitzer jedes Schlupfloch. Und auch davor entfachen sie schon erheblichen Ärger. Viele Gemeinden überlegen sich deshalb gut, ob sie mit solchen Erlässen in die Freiheit ihrer Bürger eingreifen wollen.

In zwölf der 29 Kommunen im Landkreis München gibt es bislang eine solche Baumschutzverordnung: In Grünwald, Haar, Hohenbrunn, Neuried, Ottobrunn, Planegg, Pullach, Schäftlarn, Taufkirchen, Unterföhring, Unterhaching und Unterschleißheim.

Nach einer Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes sind seit März zwar nun auch Bäume geschützt, die innerorts stehen. Ausgenommen von dieser Rege-

lung sind jedoch sämtlichen Gärten und damit so gut wie alle Bäume in Privatbesitz. Das neue Gesetz nimmt es den Kommunen also nicht ab, eigene Ermächtigungen zu erlassen. Doch viele Gemeinden und Städte schrecken vor diesem Schritt zurück. Sie fürchten den Groll der Bürger, denn Baumschutzverordnungen haben schon in manchem Ort erbitterte Auseinandersetzungen ausgelöst.

Es wurde damals „relativ kontrovers diskutiert“, als 1992 in Haar die Bäume per Verordnung geschützt wurden, erinnert sich Gemeindegliederin Ute Dechent. Ein solcher Eingriff in die Privatsphäre der Bürger sei „immer eine schwierige Angelegenheit“, so Unterhachings Rathaussprecher Simon Hötzl.

Wie schwierig es tatsächlich werden kann, dafür liefert die Gemeinde Grasbrunn derzeit ein eindrucksvolles Beispiel.



Bäume schützen – aber wie? Von Verordnungen fühlen sich Privatleute gegängelt. Werden Bäume gefällt wie Mitte Januar an einer Allee in Oberschleißheim, ist das Entsetzen groß. Foto: ulla

Nach dem Versuch, eine Baumschutzverordnung zu erlassen, wurden aus Protest zahlreiche alte Bäume gefällt, die Autos

von zwei Gemeinderäten wurden beschädigt, einem anderen wurden sogar Schläge angedroht. Viele Bürger hätten

Angst vor zusätzlicher Bürokratie, „die wollen nicht, dass Kommunen über ihr Eigentum verfügen können“, sagt Klaus Alt, der im Landratsamt für Naturschutz, Forstrecht und Landwirtschaft zuständig ist.

In Garching etwa hat das Rathaus deshalb einen anderen Weg beschritten. Auch dort wurde zwar schon über eine Baumschutzverordnung verhandelt, man wollte aber letztlich nicht auch noch einen „Finger im Privatgarten“ der Bürger haben, erklärt Christoph Marquart, Leiter des dortigen Umweltamtes. Stattdessen wurden in Garching 234 das Ortsbild prägende Bäume kartiert. Diese will die Stadtverwaltung nun über Bebauungspläne schützen, quasi als weiche Baumschutzvariante. Strengere Regeln soll es in Garching aber nicht geben. Marquart: „Wir haben genug zu tun mit unseren eigenen Bäumen.“ (Wochenkommentar)